

## Die Eröffnung des niederösterreichischen Landtages.

### Äärmzeneu bei der Ablegung des Gelöbniſſes durch die czechischen Abgeordneten.

Wien, 20. Mai.

Heute fand die erste Sitzung des neuen niederösterreichischen Landtages statt. Die sozialdemokratischen Abgeordneten haben, mit roten Ketten geschmückt, die Sitze in der linken Hälfte des Saales, der im übrigen dichtgefüllt war, in Anspruch genommen, unter ihnen fünf Frauen. Auf der rechten Seite haben die Christlichsozialen Platz genommen, zwischen beiden Parteien die deutschnationalen Abgeordneten, in der letzten Sitzreihe in der Mitte die drei Czechen.

Nach Eröffnung der Sitzung um 12 Uhr mittags durch den bisherigen Landeshauptmann Steiner übernahm der christlichsoziale Abgeordnete Sedek als ältestes Mitglied den Vorsitz, um die Konstituierungsarbeiten mit einer kurzen Ansprache einzuleiten. Die Abgeordneten leisteten hierauf die Angelobung, für welchen Zweck folgende Angelobungsformel festgestellt worden war: „Sie werden der Republik Deutschösterreich und dem Lande Niederösterreich unverbrüchliche Treue, Beobachtung der Gesetze und gewissenhafte Erfüllung der Pflichten als Mitglied des niederösterreichischen Landtages geloben.“

Bei Ablegung des Gelöbniſſes kam es zu stürmischen Szenen. Der czechische Abgeordnete Dvorak antwortete beim Ausruf seines Namens mit: „Slibuji! Ich gelobe!“ Bei den Christlichsozialen und Deutschnationalen wird durch lebhaftes Zwischenrufen gegen den Gebrauch der czechischen Sprache protestiert. Man hört die Rufe: „Wir sind doch Deutsche, da hört sich alles auf. Psi!“

Als beim Ausrufe des Namens des czechischen Abgeordneten Klimesch dieser in gleicher Weise die Angelobung leistet, bricht die ganze christlichsoziale und deutschnationale Gruppe in stürmische Psuirufe aus. Die Abgeordneten rufen den Czechen zu: „Das ist eine Frechheit, das lassen wir uns nicht bieten. Hinaus!“

Der Alterspräsident Sedek versucht vergeblich, die Ruhe herzustellen. Erst nach längerer Zeit gelingt ihm dies. Er richtet an den Abgeordneten Klimesch unter Hinweis darauf, daß die von ihm geleistete Angelobung von den Abgeordneten nicht verstanden wurde, die Aufforderung, das Gelöbniſſe in deutscher Sprache abzulegen.

Abg. Klimesch: Ich habe ja gesagt, ich gelobe, (Zwischenrufe bei den Christlichsozialen und Deutschnationalen.)

Auch der Abgeordnete Machat leistet die Angelobung zuerst in czechischer und dann in deutscher Sprache. Die christlichsozialen und deutschnationalen Abgeordneten springen erregt von ihren Sitzen auf und rufen ihm zu: „Das ist eine Frechheit, eine Provokation! Was heißt das Slibuji? Wenn er nicht sagen will: Ich gelobe, so soll er hinausgehen. Wir verlangen, daß er die Angelobung deutsch wiederholt.“

Alterspräsident Sedek: Ich muß sehr bedauern, daß der Herr trotz der ersten Ermahnung noch immer nicht weiß, was er zu tun hat. Ich glaube in Ihrem Sinne zu handeln, wenn ich ihn zur Ordnung rufe. (Lebhafter Beifall und Rufe: Er muß Deutsch sprechen oder hinausgehen. Wir haben hier die deutsche Verhandlungssprache. Sofort hinaus mit ihm! Lärm.)

Alterspräsident Sedek: Ich lasse noch einmal den Namen verlesen und fordere den Abgeordneten auf, die Angelobung in deutscher Sprache zu leisten.

Abg. Machat: Ich habe schon gesagt: Slibuji, ich gelobe. (Rufe: Nein, hinaus. Sie haben die Angelobung deutsch zu leisten. Entweder wird der Herr Deutsch sprechen oder er darf nicht mehr hereinkommen. Hier gibt es keine Doppelsprachigkeit. Lärm.)

Alterspräsident Sedek fordert den Abg. Machat zum drittenmal auf, die Angelobung deutsch zu leisten.

Abg. Machat: Ich habe das Gelöbniſſe schon abgegeben. Mehr kann ich nicht tun. (Rufe: Das ist eine Hinterhältigkeit. Sie haben die Angelobung deutsch zu leisten, sonst kommen Sie nicht mehr hinein.)

Alterspräsident Sedek fordert den Schriftführer auf, den Namen Machat noch einmal zu verlesen, damit dieser die Angelobung in deutscher Sprache leiste.

Abg. Machat: Ich habe mein Gelöbniſſe schon abgelegt. (Rufe bei den Christlichsozialen und Deutschnationalen: Das ist kein Gelöbniſſe. So ein böhmischer Dickschädel!)

Es wird nun in der Verlesung des Namensverzeichnis fortgefahren, worauf allmählich Ruhe eintritt.

## Die Wahl des Landeshauptmannes.

Nach Beendigung der Angelobungen wird zur Wahl des Landeshauptmannes geschritten. Abg. Albert Sever wird mit 106 von den abgegebenen 116 Stimmen gewählt. 10 Stimmzettel waren leer.

Landeshauptmann Sever erklärt, die Wahl anzunehmen, und entwirft in längeren Ausführungen sein Programm, wobei er insbesondere auf das dem Lande zustehende Recht zur Sozialisierung verschiedener Betriebe hinweist.

Die Sitzung dauert fort.

## Eine Verwahrung der deutschnationalen Abgeordneten.

Abgeordneter Dr. Kiehl wird namens der deutschnationalen Abgeordneten folgende Rechtsverwahrung abgegeben: Die endesgefertigten Abgeordneten legen namens der deutschbewohnten Bevölkerung Niederösterreichs jästige Rechtsverwahrung ein gegen die Anwesenheit czechoslowakischer Vertreter im niederösterreichischen Landtage, weil diese als Czecho-Slowaken, also als Vertreter eines ausländischen Staatsvolkes, gewählt sind, und weil sie zum Großteil von Wählern, die sich zum czecho-slowakischen Staate bekannt haben — dort also heimatsberechtigt sind — daher in Wien nicht wahlberechtigt waren, Stimmen erhielten. Durch Melbungen von Eisenbahnern ist bekannt geworden, daß zum Zwecke der Wiener Wahlen in der Czecho-Slowakei heimatsberechtigte und bereits dahin ausgewanderte Czechen hierher gereist sind. Czecho-slowakische Staatsbürger haben über die Besetzung der czecho-slowakischen Regierung sich als deutschösterreichische Staatsbürger bekannt, um bei den Wahlen im Interesse des czecho-slowakischen Staates tätig sein zu können, dabei aber gleich die Versicherung erhalten, daß ihnen die czecho-slowakische Staatsbürgerschaft mit besonderen Vorteilen gewährleistet sei. Wehrpflichtige Angehörige der Czecho-Slowakei sind für die Dauer der Wiener Wahlen nicht eingezogen worden. Diese Rechtsverwahrung beantragen wir in die Verhandlungsschrift aufzunehmen.“

## Ein Antrag gegen die Losreißung deutscher Gebiete.

Landtagsabgeordneter Dr. Lutz (nationaldemokratische Partei) wird in der heutigen Sitzung des Landtages eine Kundgebung beantragen, in der es zum Schlusse heißt: „Der niederösterreichische Landtag, als die gelegliche Vertretung des größten deutschösterreichischen Landes, erhebt gegen die Verhöhnung der von den Feinden feierlich verkündeten Wilsonschen Grundsätze, auf Grund deren Oesterreich den Frieden angeboten hat, vor aller Welt Einspruch und legt gegen die Losreißung großer deutscher Gebiete sowie gegen die Entrechtung von vier Millionen deutscher Volksgenossen schärfste Verwahrung ein. In voller Uebereinstimmung mit allen deutschen Volksgenossen beharrt er auf dem natürlichen Selbstbestimmungsrechte des deutschen Volkes, das sich den Zusammenschluß der ganzen deutschen Nation zu einem Staate niemals rauben lassen wird und fordert die deutschösterreichische Regierung auf, einen Frieden, der diesen Grundsätzen nicht Rechnung trägt, vielleicht mehr zur vollständigen Vernichtung Deutschösterreichs und des deutschen Volkes führen müßte, als unannehmbar zurückzuweisen. Das Präsidium des Landtages wird aufgefordert, diese Entschliegung an die deutschösterreichische Regierung weiterzuleiten.“

## Die Länderkonferenz über den Reise- und Sommerverkehr.

In der Staatskanzlei begann heute vormittag unter Vorsitz des Vizkanzlers Fintl die Konferenz der Ländervertreter. Den wichtigsten Gegenstand der Beratung wird die Regelung des Reise- und Sommerverkehrs bilden. Auf der Konferenz sind alle Länder vertreten.

## Verhandlungen über das Schöffergesetz.

Der Ausschuß für soziale Verwaltung hätte heute vormittag eine Sitzung abhalten sollen, um das Schöffergesetz zu beraten. Es kommt jetzt der § 3 zur Verhandlung, der die Entzignung ausspricht und bei den bürgerlichen Parteien Widerstand hervorgerufen hat, da diese Parteien auf den Standpunkt stehen, daß das Prinzip der Entschädigung auch in diesem Gesetz Anwendung finden müsse. Heute vormittag wurden Kompromißverhandlungen eingeleitet, die aller Wahrscheinlichkeit nach zu einem positiven Ergebnis führen werden. Der Ausschuß wurde auf Nachmittag vertagt, da man glaubt, daß bis dahin eine Vereinbarung bereits zustandgekommen sein wird.